

# Sächsische Volkszeitung

Wochentl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis: 1 Kr. 50 Pf. (ohne Beilage), für Sonders-  
zeiten 2 Kr. 50 Pf. — Bei d. s. Volksblätter L. Zeitungsbeilage für 65 Pf.  
Gesammtpreis 10 Pf. — Redaktions-Sprecher: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 8 geplatzt. Zeitschriften ob deren Raum mit 15 J.  
Zeitungen mit 50 J. die Seite durch, b. Wiederk. bedeu. Räumt.  
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,  
Villnösser Straße 43. — Sprechst. Nr. 1366.

## Die Fraktionen im Reichstage.

(Siehe Nr. 238, 240, 246 und 251.)

### V. Die freisinnigen Fraktionen.

Unter den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten auf der äußersten Linken sitzen die freisinnigen Fraktionen, auch nur ein Trümmerfeld einstiger Höhe und Größe. Sie teilen sich zwar nicht wie die Hohenlohes in sieben Linien, aber doch in vier Richtungen: 1) Freisinnige Volkspartei; 2) Deutsche Volkspartei; 3) Elsass-Lothringische Volkspartei; 4) Freisinnige Vereinigung. Der Gesamtbestand dieser vier Gruppen ist 25 Mann; schon daraus läßt sich der Einfluß derselben erkennen.

Die freisinnige Volkspartei ist die Stammm- und Kentruppe des Freisinnens; es ist die Partei von Eugen Richter. Er hat sie geschaffen, hat sie im Kampfe gegen den Fürsten Bismarck und das Schutzbürosystem groß gemacht und er erlebte ihren Niedergang noch; mit ihm schied auch die beste Kraft des Freisinnens dahin. Wir können hier nicht alle Fusionen und Gruppierungen dieser Partei zusammenstellen; aber es ist in den letzten 36 Jahren viel an ihr herumgekommen worden. Die Stammmen des Freisinnens sind Niedersachsen und Mitteldeutschland, aber es sind nicht mehr sturmpropte Burgen, sondern die früheren Säpe können heute nur noch mit Hilfe teils der Sozialdemokraten, teils der mehr rechts stehenden bürgerlichen Parteien gehalten werden. 1903 konnten sie aus eigener Kraft auch nicht ein Mandat sich holen. Die Hauptkraft der freisinnigen Volkspartei war früher ihre Opposition gegen das Schutzbürosystem, aber darin hat sie bitter unrecht gehabt. Selbst die Industrie fiel von ihr ab, von der Landwirtschaft ganz zu schwören. In früheren Jahren machte diese Fraktion auch stramme Opposition gegen Heeres- und Marinevorauslagen; aber in den letzten Jahren mauserte sie sich immer mehr und dem Inhalt der letzten Flottenvorlage stimmte sie zu, wenn sie auch das Gesetz aus etatsrechtlichen Gründen ablehnte. Zu demselben Maße, in welchem sie den lieblosen geöffneten Armen der Regierung zuließ, verminderte sich ihre Werksamkeit im Volke; die alten Anhänger gingen immer mehr zur Sozialdemokratie über und neue erworb sie nicht. Die Zukunft ist deshalb auch für diese Fraktion nicht sehr rosig; es gilt weite Kreise, die der Ansicht sind, daß die kommenden Wahlen diese Fraktion sehr vermindern werden. Diese Ansicht wird unterstellt durch die inneren Zwistigkeiten der Fraktion, die seit Richters Tod gar nicht mehr geschlossen ist. Der formelle Führer der Fraktion ist Dr. Müller-Sagan, ein sehr sympathischer Abgeordneter, der namentlich auch im Zentrum viele Freunde besitzt; er war früher Philolog, ging aber ganz zur Politik über. Er ist ein fleißiger Parlamentarier und guter Redner, der sich bestrebt, in Richters Fußstapfen zu wandeln. Von jeder Kulturskämpferie hält er sich fern und verabscheut diese ganz und gar; er ist ein Freisinniger der alten Schule, der auch den katholischen Lust und Licht gönnt. Das gerade Gegenteil ist sein Namensvetter Dr. Müller-Weiningen, dessen Hauptkraft die östliche Kulturskämpferie ist. Die köstlichste Szene war wohl zweifelsohne jene, als er mit einem katholischen Gebetbuch „bewaffnet“ auf der Reichstagstribüne erschien und nun gegen den „Ultramontanismus“ antrat; seit neuester Zeit verlegt er sich überhaupt auf die Schnüffelei in der katholischen Erbauungsliteratur und genießt hierbei die „sachverständige“ Unterstützung des bekannten Grafen Hoensbroech. Er strebt nach der Führerschaft in der Fraktion, wird aber diese nie erreichen. Sein Kampf gegen das Zentrum zielt auf Bildung eines deutschen „Blöds“ hinaus; so ist er wider Willen der beste Wahlagitator des Zentrums. Wenn er seine Weidausbildungen dem katholischen Volke mitteilt, wird dieses um so mehr die Notwendigkeit der politischen Einigkeit erkennen. Datters genannt wird auch der Abgeordnete Eichhoff, Gymnasialprofessor in Remscheid, der aber sehr auf dem rechten Flügel der Fraktion steht. Der Abgeordnete Kopisch, der „schönste Mann im Reichstage“ neben dem Grafen Oriola, hat sich besonderes Verdienst durch seinen Kampf gegen die koloniale Mithräude erworben; er stand hier immer an der Seite des Abgeordneten Erbacher. Der Berliner Arzt Dr. Mugdan ist durch seinen Kampf gegen die Sozialdemokratie weiteten Kreisen bekannt geworden.

Die deutsche Volkspartei zählt fünf Männer und hat ihre Mandate lediglich in Württemberg. Ihre hervorragendste Reichstagsarbeit ist das Schwänzen der Signungen. Nur selten geben ihre Führer Payer und Hauffmann Gaströßen im Reichstage; wenn sie aber da sind, reden sie sicher. Ihr neuer Abgeordneter Storz ist ein großer Kolonialaktivist.

Die elsass-lothringische Volkspartei ist einen Mann stark, der aber noch öfters fehlt; es ist der Abgeordnete Blumenthal, von dem der Abgeordnete Dr. Hein unter großer Heiterkeit des ganzen Hauses meinte, daß er mit Armen und Füßen rede. Selbstverständlich haben die beiden leichten Parteien gar keinen Einfluß im Reichstage.

Die freisinnige Vereinigung hat auch schon mehrere Tage gesehen als jetzt, wo sie acht Männer zählt; bis 1893 war sie mit der Richterschen Fraktion verschmolzen, dann trennten sich Rückert und sein Anhang und bildeten die freisinnige Vereinigung, die sehr marine- und heeresfreundlich ist, aber die ausgesprochenen Freihändler aufweist; wir nennen nur den Namen Gothein! Ihr Führer Barth ist derzeit nicht im Reichstage, deshalb hat der alte

Schrader die Führung an sich genommen. Auch des „großen Rommen“ kleiner Sohn sitzt hier und fühlt sich stark als „alleiniger Sachverständiger“ im Bankroten, was ihm großen Spott einbrachte. Der Abgeordnete Bachide ist ein guter Mitarbeiter in der Sozialreform. In dieser Fraktion hat der nationalsoziale Abgeordnete von Gerlach, der auf die Konservativen wie ein rotes Tuch auf den Stier wirkt, sein Winterquartier aufgeschlagen; sein bester Freund wird nicht behaupten wollen, daß er im Reichstage besonders beliebt sei, er hat auch zu wenig Anziehungskraft an sich, höchstens für seine Frau, die auf der Tribüne allen seinen Reden mit Begeisterung folgt; die gleiche Anziehungskraft auf ihre Frauen haben übrigens die Reden der Abgeordneten von Riepenhausen, Graf Oriola, Blumenthal und anderen. Man emmäutiert sich hierüber in Reichstagskreisen sehr oft.

Sämtliche vier freisinnige Gruppen vereinigen sich für die Beseitung der Kommissionen, um hier etwas mehr zur Geltung zu kommen; bei der Führung der Rednerliste aber gehen sie getrennt vor und beanspruchen einen Platz ebenso wie das 100 Mann starke Zentrum. Daher röhrt es, daß diese kleinen Fraktionen im Reichstage so oft zum Worte kommen. Ihre positive Arbeit ist sehr gering; sie bekränzen sich auch mehr auf die Kritik und sind sehr unglücklich, daß sie nicht am Regierungssitz sitzen. Manche träumen von einer Einigung des Gesamtliberalismus, die aber wohl nicht so bald kommen wird, wenn auch bei den Wahlen alles gegen das Zentrum einigt ist.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 7. November 1906.

Offiziös wird versichert, es entspreche nicht den Tatsachen, von einem Duell Podbielski—Bülow und von einer Untätigkeit des Reichskanzlers in Sachen der Fleischnot zu sprechen. Man dürfe im Publikum überzeugt sein, daß der Kanzler die Fleischnotfrage nicht aus den Augen gelassen hat, daß sich ihre Erledigung aber Schwierigkeiten verschiedener Art entgegenstellen und daß in einer ganzen Reihe von Bundesstaaten, nicht nur in Preußen, die Stimmung für eine Lassung der Grenzen oder sonstige Erleichterungen durchaus nicht günstig ist.

**Kanzler oder Podbielski?** Eine Nachricht, die uns soeben zugeht, bestätigt unseren gestrigen Leitartikel „Bülow oder Podbielski“ im wesentlichen und bringt noch allerhand interessante Neuigkeiten; sie lautet: „Podbielski setzt alles daran, um nicht gehen zu müssen oder wenigstens Bülow mit sich hinunterzuziehen, aber es ist ihm seines von beiden gelungen. So hat er schließlich gar an höchster Stelle die Ansicht vertreten lassen, als führe das Auswärtige Amt gegen ihn einen Preßekampf, und man muß wissen, was eine solche Meldung bedeutet. Angeblich eines solchen Bülow-Spiels hören nun liberale Blätter zum Todesstreich aus und kündigen an, daß kundige Leute von der Linken des Reichstages dann ihr Wissen über Herrn von Podbielski geschäftliche Talente und Taten auspaden wollen: die verfrachte Transvaalausstellung, die Beteiligung am Offiziers- und Beamtenverein, die Zusammenhänge mit der ebenfalls verfrachten Vermögensverwaltungsstelle, gewisse Lizenzen für Güterhypotheken, Verbindungen mit bekannten Geldlenten, seine Milie- und Viehleidenschaften und endlich die Tippelskirch-Affäre. Man braucht gar nicht auf die Künste des Reichstages zu geben, auch in der Mitte hat man genügend Material, um hinter alle diese aufgezählten Dinge zu leuchten. Man hat den Minister seither gesondert und mit der Tippelskirch-Affäre behandelt, weil hier das Reich sehr stark beteiligt ist, aber wenn der Herr ein neues Ländchen macht, wir können es ausspielen und folglich mit der Transvaalausstellung beginnen, die den geschäftlichen Gewinn des Ministers schon zu einer Zeit entfallen ließ, wo er General a. D. war. Man wird überhaupt staunen, in wie viel Dingen der Minister seine Finger hatte, und in der Firma Tippelskirch ist heute noch seine Frau; das Auscheiden macht ganz unbegreifliche Schwierigkeiten.“

Der „Berl. Volksblatt“ meldet: Der Landwirtschaftsminister von Podbielski, der immer noch sehr leidend ist, hat sich auf den Rat seiner Aerzte nach seinem Gute Dalmin begeben, um dort seine Genesung abzuwarten.

Der Freundschafts-, Handels-, Schiffsahrts- und Konsularvertrag des Deutschen Reiches mit dem Freistaat Guatemala, der bereits einige Male gefündigt war, soll trotzdem weiterlaufen. Die Regierung von Guatemala hat sich damit einverstanden erklärt, daß dieser Vertrag, der vom 20. September 1887 datiert, bis zum 15. März 1911 weiterläuft. Der Vertrag ist ein sogenannter Meistbegünstigungsvertrag.

Die Regierung von Oldenburg beantragte beim Landtag die Genehmigung zum Bau eines neuen Befestigungshafens bei Elssleth. Die Gesamtkosten betragen 254 000 M.

Die zweite Generalversammlung des katholischen Frauenbundes wurde am Sonntag in den Prinzenräumen des Café Quitpold in Münster eingeleitet. Die Vorsitzende des Münchener Bundes, Frau Dr. Ammann, begrüßte die Versammlung als den Beginn der Einigkeit der katholischen Frauen durch ganz Deutschland, der Solidarität der Frauen und den Anfang allgemeiner Teilnahme der katholischen Frauen an der sozialen Frage, die zeigen wolle, welche Kraft in ihr stecke. Sie freue sich, auch eine Vertreterin des evangelischen Frauenbundes bewillkommen zu können, ferner Vertreterinnen des katholischen Lehrerinnenvereins und Delegierte aus Luxemburg. Abt Dannert von St.

Bonifacius richtete als geistlicher Beirat des Münchener Frauenbundes eine Ansprache an die Versammlung. Die Schriftstellerin M. Heberle leitete mit einem selbstverfaßten und selbstgesprochenen Prolog die lebenden Bilder ein: die heilige Elisabeth, Krause pflegend, Charitas Vierheimer, gelehrte Klärissin aus dem 16. Jahrhundert, Barbara Ullmann, Patrizierin aus dem sächsischen Erzgebirge; sie führte 1561 das Spieghelkloppeln dort ein und beschäftigte circa 900 Arbeiterinnen. Desklamation und Muß füllten den Rest des Abends aus. Der ersten Versammlung am Montag wohnten der Erzbischof Dr. von Stein, der Bischof von Vilna (Polen) und die Prinzessinen Adelgunde von Bayern, Clara von Bayern und Prinzessin Ludwig Ferdinand neben anderen Ehrengästen bei. Nachdem die Versammlung durch die Wahl der Frau Professor Hopmann-Köln, Frau Robert Bachem-Köln und Frau Dr. Ammann-Münster zu Vorsitzenden, der Frau Voigt-Laden und Baronin Godin-Münster zu Schriftführerinnen konstituiert war, führte der Erzbischof etwa folgendes aus: Das Christentum des Christentums in dieser Welt habe die Gleichberechtigung von Mann und Frau gebracht. Das Christentum hat den Schwerpunkt des Wertes, den ein Mensch besitzt, in die Gottesmutter verlegt, in die Stellung des Menschen zu Gott. Deshalb erscheint die ernste, befonnene Arbeit der Frau im Christentum ebenso wichtig, wie die des Mannes. Die Frauenfrage hat heute die Frauen nicht bloß der unteren, sondern auch der mittleren und höheren Volkschichten gewonnen. Sie sind der Überzeugung, daß von der richtigen Lösung der Frauenfrage auch ein Teil des wahren Glücks abhängt. — In ihrem Bericht über die Tätigkeit des Katholischen Frauenbundes seit der letzten Generalversammlung im November 1904 hob Gräfin von Carnap hervor, daß die ernsthaften katholischen Männer die Tätigkeit des Bundes unterstützen, daß der Bund nicht den Kampf gegen die Männer führe, sondern vereint mit ihnen arbeite. Die Zeitschrift des Bundes habe bereits eine Auflage von 11 000. Der Frauenbund zählt jetzt 30 Zweigvereine mit 11 677 Mitgliedern, 141 angeklammerte Vereine; 290 Mitglieder und 14 Vereine, die direkt an die Zentrale angeklammert seien, so daß der Bund im ganzen 11 962 Mitglieder zähle. Neben den Versammlungen seien viele soziale Aktionen, ferner Samariterfeste usw. abgehalten, Vereinssäle eingerichtet usw. Die Einrichtung von Stellen für soziale Pariser bei nachahmten, ferner Ausbreitung der Hauspflege, Beteiligung an Kinderhorten, Sonntagsunterhaltungen für Schulentlassene, Sparassen, Eintritt in die gemeindliche Waisen- und Armenpflege sei anzustreben, damit in allen Städten in dieser Fürsorgearbeit die Frau mit dem Manne gleichberechtigt werde. Obligatorischer Fortbildungskurs für Frauen sei vom Münchener Zweigverein beantragt. Zu organisieren sei ein weiblicher Jugendbund bei jedem Zweigvereine. Gewiß gehöre die Frau in die Familie, aber es gäbe doch viele Frauen, die zu Hause keine Arbeit oder kein Platz finden. Deshalb müsse die katholische Frau innerhalb und außerhalb des Hauses die Quellen der Not verstopfen, wo sie eindringt. — Dankesreden für Einladungen wurden bekanntgegeben von den Bischofsen von Augsburg, Eichstätt, Würzburg, Begrüßungstelegramme wurden abgeändert an den Kaiser, den Papst, den Prinzenregenten und den Erzbischof von München, sowie an die Kaiserin. Den Kostenbericht erstellte Frau Dr. Bachem-Köln. Einnahmen und Ausgaben balancieren für die beiden Berichtsjahre zusammen in Höhe von 18 178,67 Mark. Der Würzburger Zweigverein beantragte den Besluß, daß die sämtlichen Ortsgruppen, welche sich mit der Organisation der Arbeiterinnen befassen, angewiesen seien, sich betreffs der Form der Organisation nach den Weisungen der zuständigen Diözesanbischofe zu richten und daß es von deren Entscheidung abhängig zu machen sei, ob die Mitwirkung der Mitglieder des katholischen Frauenbundes in den Dienst der katholischen oder der christlichen interkonfessionellen Organisation der Arbeiter gestellt werden sollte. Dagegen beantragt die Zentrale, zu beschließen: Die Zweigvereine, welche in der Organisation für Arbeiterinnen tätig sind, richten sich betreffs der zu wählenden Organisation nach der Meinung der päpstlichen Note im „Observatore Romano“ vom 25. Januar 1906, wonach die Heiligkeit mit gleichem Wohlwollen Nachahmungen und christliche Gemeinschaften lobt und ermutigt; die verschiedenen Verhältnisse der verschiedenen Diözesen und Provinzen Deutschlands forderten unter Umständen die Vorwegnahme dieser vor jenen. Jeder Zweigverein habe demgemäß unter Mitwirkung des geistlichen Beirates sein Verhalten einzurichten. Präses Walterbach warnt vor dem „Uneinigkeit stiftenden“ Antrage. Die Arbeiterinnen würden sich vom Frauenbunde ihre Organisation nicht vorwerben lassen. Diese Frage als solche gebe den Bund nichts an, das möge er den Patronen und Arbeiterinnenvereinen überlassen. Deshalb beantragte er Übergang zur Tagesordnung über beide Anträge. Nach langer Debatte wurde der Antrag der Zentrale Köln zurückgeworfen und der Antrag Walterbach angenommen. — Aus Anlaß eines Antrages Koblenz stellte sich die Versammlung sehr wohlwollend zur Ausbildung katholischer Kindergartenlehrerinnen und Unterstübungen katholischer Fröbelseminare. — Beim Beginn der Nachmittagsversammlung wurden Telegramme des Prinzenregenten Quitpold von Bayern, des Kardinals Fischer-Köln, des Lehrerinnenvereins und anderer verlesen. Das Referat über die Organisation der katholischen weltlichen Frauenpflege begann mit der Aufforderung zu stärkerer Beteiligung an der welt-